

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 33. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. Dezember 2014, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

i.V. von Regina Poersch

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Sven Krumbek (PIRATEN)

i.V. Angelika Beer

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Serpil Midyatli (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Rainer Wiegard (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung von Ralph Müller-Beck, Staatssekretär des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund	5
2. Mündlicher Bericht des Staatssekretärs des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund, Ralph Müller-Beck, zu den Zugangsmöglichkeiten der Landesparlamente zur Bundesrats-Datenbank EUDISYS	6
Antrag der Fraktion der PIRATEN Umdruck 18/3658	
3. Stand der Umsetzung der Bundesratsinitiativen zur Erweiterung des Wahlrechts	7
Wahlrecht für Unionsbürger zur Landtagswahl	
Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/737 (neu)	
Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger einführen	
Antrag der Fraktionen von PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/729 (neu)	
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 18/1793	
4. Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen	8
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2449 - selbstständig -	
Humanitäre Flüchtlingspolitik beibehalten!	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2457 - selbstständig -	

5. Umsetzung der Resolutionen des 12. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kaliningrad und der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz in Olsztyn	10
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2393 (neu) (überwiesen am 14. November 2014)	
6. Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern	11
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2221 Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2255 - selbstständig - Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2267 - selbstständig -	
7. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen	12
8. Bundesratsangelegenheiten	13
Umdrucke 18/3570, 18/3604, 18/3750	
9. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	14
Umdruck 18/3664	
10. Terminplan für das Jahr 2015	15
Umdruck 18/3272	
11. Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung von Ralph Müller-Beck, Staatssekretär des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund

Herr Müller-Beck, Staatssekretär des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund, stellt sich in seiner neuen Funktion dem Ausschuss vor.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Staatssekretärs des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund, Ralph Müller-Beck, zu den Zugangsmöglichkeiten der Landesparlamente zur Bundesrats-Datenbank EUDISYS

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/3658](#)

Staatssekretär Müller-Beck weist auf die grundsätzliche Notwendigkeit der Transparenz von Regierungshandeln hin. Allerdings sei das Problem, dass man auf Bundesratsebene eine Mehrheit der Bundesländer brauche, um Gesetzesänderungen im Hinblick auf mehr Transparenz vorzunehmen. Diese Einigkeit sei zurzeit nicht in Sicht. Aus seiner Sicht sei es zielführender, auf niedrigerer als auf Gesetzesebene zu einer Einigung zu kommen, um mehr Transparenz auch für die Landtage zu ermöglichen. Er bietet dem Ausschuss an, weiterhin auch in Berlin Gespräche zu führen und dem Ausschuss über den Fortgang dieser zu berichten. Eine absehbar zum Scheitern verurteilte Bundesratsinitiative zur Herstellung von mehr Transparenz lehne er ab, zumal eine derartige Initiative auch den Prozess der gütlichen Einigung der Länder mit dem Bund belasten könne. Es bestehe zudem die Gefahr, dass bei weitergehenden Zugriffsrechten der Landtage die Bundesregierung die Zahl der in der Datenbank eingestellten Dokumente reduzieren werde. Er plädiert dafür, unterhalb gesetzlicher Regelungen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Abg. Voß unterstützt den Ansatz von Staatssekretär Müller-Beck und spricht sich ebenfalls dafür aus, niedrigschwelligere Lösungen zu suchen.

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt bei Vorliegen neuerer Erkenntnisse erneut zu beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Stand der Umsetzung der Bundesratsinitiativen zur Erweiterung des Wahlrechts

Wahlrecht für Unionsbürger zur Landtagswahl

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/737](#) (neu)

Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger einführen

Antrag der Fraktionen von PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/729](#) (neu)

Antrag der Fraktion der FDP
[Umdruck 18/1793](#)

Staatssekretär Müller-Beck führt zur Änderung des Wahlrechts aus, dass es dazu einer Änderung des Artikel 28 Grundgesetz bedürfe, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Diese Mehrheit sei zurzeit nicht zu erreichen und insofern seien Initiativen in diese Richtung wenig erfolgversprechend. Die Landesregierung bemühe sich jedoch weiter, Mehrheiten für eine entsprechende Grundgesetzänderung zu finden.

In diesem Zusammenhang bietet Staatssekretär Müller-Beck an, dem Ausschuss für auftretende Fragen und Informationsbedarf auch kurzfristig im Ausschuss zur Verfügung zu stehen, soweit dies möglich sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein,
Deutschland und Europa
Asylgesetzgebungen anpassen**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/2449](#) - selbstständig -

Humanitäre Flüchtlingspolitik beibehalten!

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/2457](#) - selbstständig -

(überwiesen am 12. November 2014 an den **Europaausschuss** und den Innen-
und Rechtsausschuss)

Einleitend weist der Vorsitzende auf die Empfehlung des Innen- und Rechtsausschusses hin, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Er schlägt den Fraktionen vor, Anzuhörende bis zum 12. Dezember zu benennen.

Abg. Voß regt an, bereits heute in der Sache abzustimmen und verweist auf den Aufwand, den eine Anhörung bei den anzuhörenden Verbänden hervorrufe.

Abg. Damerow plädiert ebenso wie Abg. Krumbeck zunächst für die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

Abg. Midyatli regt an, den Antrag der Koalitionsfraktionen dahin gehend zu ändern, den von der Landesregierung zur 29. Tagung des Landtags zu erbittenden Bericht auf die 31. Tagung zu verlegen. Sie schlägt darüber hinaus vor, sich in einer Anhörung auf die Themen im Antrag der Fraktion der PIRATEN zu beschränken, die einen deutlichen Europabezug aufwiesen.

Abg. Damerow beantragt abschnittsweise Abstimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen.

Abg. Krumbeck stimmt dem Verfahren zu, in der Sache über den Antrag der Koalitionsfraktionen abzustimmen, spricht sich jedoch gleichzeitig dafür aus, den Antrag seiner Fraktion nicht zu zerteilen.

Abg. Voß plädiert dafür, für den Fall, dass eine Anhörung gewünscht werde, eine mündliche Expertenanhörung mit begrenztem Teilnehmerkreis durchzuführen.

Zur Durchführung einer mündlichen Anhörung gibt Abg. Damerow zu bedenken, dass mögliche Anzuhörende von der europäischen Ebene unter Umständen schwierig in den Ausschuss einzuladen seien. Aus diesem Grund spricht sie sich für das Vorschalten einer schriftlichen Anhörung aus.

Abg. Dr. Klug weist auf die geplante Informationsreise des Ausschusses nach Brüssel hin, deren Schwerpunkt auch dieser Aspekt bilden könne. In diesem Zusammenhang könne man das Gespräch mit Experten direkt suchen.

Abg. Midyatli geht auf die Bandbreite der unterschiedlichen Themen im Piratenantrag ein und unterstreicht, dass eine Fokussierung auf die die europäische Ebene betreffenden Punkte aus ihrer Sicht zielführend sei. Dies seien die Spiegelstriche 1 bis 4, 6 und 9.

Abg. Damerow schlägt vor, dass die PIRATEN eine Liste der Punkte mit europäischem Bezug zusammenstellen sollten, um dazu gezielt eine mündliche Anhörung in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Ausschusses durchzuführen. - Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

In der von Abg. Damerow beantragten abschnittswisen Abstimmung empfiehlt der Ausschuss vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP dem Landtag, den ersten Absatz anzunehmen. Den zweiten und dritten Absatz empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit der Änderung, um einen Bericht zur 31. Tagung zu bitten, einstimmig zur Annahme. Den vierten Absatz empfiehlt der Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktion und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP zur Annahme.

Punkt 5 der Tagesordnung

Umsetzung der Resolutionen des 12. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kaliningrad und der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz in Olsztyn

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2393](#) (neu)

(überwiesen am 14. November 2014)

Abg. Waldinger-Thiering hebt hervor, dass es gut sei, dass es gelungen sei, das Ostseesekretariat nachhaltig zu finanzieren.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW einstimmig zu Annahme.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2221](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2255](#) - selbstständig -

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2267](#) - selbstständig -

(überwiesen am 14. September 2014 an den **Sozialausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss, den Bildungsausschuss, den Finanzausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss)

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der FDP beschließt der Ausschuss, sich dem Votum des federführenden Sozialausschusses anzuschließen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht aus dem Ausschuss der Regionen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bundesratsangelegenheiten

[Umdrucke 18/3570](#), [18/3604](#), [18/3750](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zu Bundesratsangelegenheiten zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

[Umdruck 18/3664](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Prüfung der Wahrung der Subsidiarität zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Terminplan für das Jahr 2015

[Umdruck 18/3272](#)

Nach einer Diskussion kommt der Ausschuss überein, sich am Rande der Plenartagung im Dezember auf einen endgültigen Terminplan für das Jahr 2015 zu verständigen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Pauls thematisiert die am Freitag, dem 5. Dezember 2014 im Landeshaus stattfindende Veranstaltung und problematisiert, dass dazu die Abgeordneten des Europaausschusses nicht eingeladen worden seien. Eine solche Einladung hätte sie sich besonders vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Landtagspräsident Schlie Schirmherr der Veranstaltung sei, gewünscht.

Der Vorsitzende erläutert, dass einige Abgeordnete eine Einladung erhalten hätten und andere nicht. Er regt an, dieses Thema zu anderer Gelegenheit noch einmal, gegebenenfalls informell, zu besprechen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 10:55 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer